

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Doris Bures  
Parlament  
1017 Wien

BMB-10.000/0245-Präs.3/2016

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 9591/J-NR/2016 betreffend „Meinungsforschungsaktivitäten der Ressorts“, die die Abg. Martina Schenk, Kolleginnen und Kollegen am 16. Juni 2016 an mich richteten, wird im Hinblick auf die Novelle BGBl. I Nr. 49/2016 zum Bundesministeriengesetz 1986 wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 7:

- Welche Aufträge für Meinungsforschungen (repräsentative Umfragen, Onlinebefragungen, focus groups, Tiefeninterviews, dial groups, andere Methoden) hat Ihr Ministerium seit Beginn der laufenden Legislaturperiode in Auftrag gegeben?
- Warum genau wurden diese Aufträge im Einzelnen erteilt?
- An wen wurden die einzelnen Aufträge vergeben?
- Gab es eine öffentliche Ausschreibung hierfür?
  - a) Wenn nein, warum nicht?
- Wie hoch waren die Kosten für die jeweiligen Erhebungen?
- Wurden die politischen Präferenzen der Befragten abgefragt (Sonntagsfrage, Wahlumfrage)?
- Wurden die Ergebnisse der Befragung der Öffentlichkeit präsentiert?
  - a) Wenn ja, in welcher Form?
  - b) Wenn nein, warum nicht?

Seitens des Bundesministeriums für Bildung wurden seit 29. Oktober 2013 bis einschließlich 16. Juni 2016 keine Aufträge für Meinungsforschungen vergeben.

Zu Fragen 8 bis 13:

- An welchen Aufträgen für Markt- bzw. Meinungsforschungen, die von anderen in Auftrag gegeben wurden (repräsentative Umfragen, Onlinebefragungen, focus groups, Tiefeninterviews, dial groups, andere Methoden), hat sich Ihr Ministerium seit Beginn dieser Legislaturperiode finanziell beteiligt?
- An wen wurden die einzelnen Aufträge vergeben?
- Gab es eine öffentliche Ausschreibung hierfür?
  - b) Wenn nein, warum nicht?

- *Wie hoch waren die Kosten für die jeweiligen Erhebungen?*
- *Wurden die politischen Präferenzen der Befragten abgefragt (Sonntagsfrage, Wahlumfrage)?*
- *Wurden die Ergebnisse der Befragung der Öffentlichkeit präsentiert?*
  - c) Wenn ja, in welcher Form?*
  - d) Wenn nein, warum nicht?*

An keinen derartigen Aufträgen. Ein Eingehen auf die Fragen 9 bis 13 erübrigt sich daher.

Wien, 16. August 2016

Die Bundesministerin:

Dr.<sup>in</sup> Sonja Hammerschmid eh.

